

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitstreiter, liebe Freunde, mit dieser e-Nachricht senden wir unseren Infoletter, der in regelmäßigen Zeitabständen zu neuen Occupy Money Themen erfolgt.

1. Peukert versus Krahn

Prof. Dr. Jan Pieter Krahn und Prof. Dr. Dr. Helge Peukert - zwei Volkswirtschaftsprofessoren, die seit dem eigenen Studium die Themen Geldordnung, Finanzverfassung und Bankenwesen nicht mehr los gelassen haben.

Der eine – Peukert – hat 2010 seine große Monographie zur Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise vorgelegt, die inzwischen die fünfte Auflage erreicht hat. Eine weit ausholende Studie, die von den Anfängen her aufzeigt, wie die Auffassung von den sich selbst regulierenden effizienten Finanzmärkten entstand, theoretisch entfaltet und schließlich auch Interessen wahrend und begründend von den Finanzunternehmen in die Welt getragen wurde. Prof. Peukert meinte immer schon, dass Wirtschaft und Geldwesen nur begriffen werden können, wenn menschliches Verhalten in seinen sozialen und lebensweltlichen Bezügen als Ausgangspunkt genommen wird. Daher auch sein besonderes Interesse für so gegensätzliche historische Vertreter der Zunft wie Wilhelm Röpke auf der einen und Joseph Schumpeter auf der anderen Seite.

Den anderen – Krahn – hat in seinen Veröffentlichungen stets interessiert, wie Anlage suchende Mittel zu Krediten und Investitionen führen, welche Risiken dabei entstehen und wie sich diese managen lassen. Prof. Krahn war Mitglied in der Issing- Kommission wie im Liikanen- Committee – beide widmeten sich der Problematik der Banken- und Finanzmarktregulierung im Anschluss an die Krise 2008. Die erste von der deutschen Bundesregierung eingesetzt, die andere von der Europäischen Kommission - in der Liikanen Kommission war er der einzige deutsche Vertreter. Mancher Frankfurter wird sich noch an Krahns Appell aus dem Dezember 2012 erinnern, den er an die mündigen Bürger richtete: nur Druck von außen werde die Politik letztlich veranlassen. In Sachen Finanzmarktregulierung so tätig zu werden, dass sich die Dinge tatsächlich ändern.

Beide sind sich einig – die Finanzmärkte gehören reguliert. Und zwar so, dass nicht wieder Banken mit dem Geld des Steuerzahlers gerettet werden müssen.

Peukert setzt darauf, das Übel mit der Wurzel auszurotten: Verbot vieler Geschäfte, deren Gefährlichkeit sich erwiesen hat, strikte Trennung spekulativer Gelder von den Spareinlagen des kleinen Mannes, letztlich ein Vollgeldsystem, in dem Banken dann eine Rolle spielen wie das Wasser- oder Elektrizitätswerk als Bereitsteller alltäglicher benötigter Services.

Krahn sieht die Rolle der Banken auch in der wieder regulierten Zukunft offener - allerdings muss das Zusammenspiel der großen Banken geregelt werden, und die überbordende Komplexität gehört begrenzt. Eine spannende Diskussion ist zu erwarten – ganz nah an der Sache, hoch fundiert und dabei ohne jegliche akademische Eitelkeit.

Occupy Money und den kritischen Ökonomen an der Universität Frankfurt ist es gelungen, auch **Prof. Dr. Krahen und Prof. Dr. Peukert zu einem Vortrag** an der Frankfurter Goethe Universität zu verpflichten.

Thema: “Alternative Vorschläge zur Regulierung des Finanzsektors”

Datum: 4. November 2013

Uhrzeit: 19:00 Uhr

Ort: Campus Westend – Raum: IG 411

2. Das Moneyfest

Ursachen und Lösungen der Finanzmarkt und Staatsschuldenkrise – neue Bucherscheinung von Prof. Dr. Dr. Helge Peukert



Prof. Dr. Dr. Helge Peukert

Seit einem halben Jahrzehnt steht die Welt staunend und zuweilen erschüttert vor der Beinahe-Kernschmelze des Finanzsystems und dem drohenden Bankrott ganzer Staaten. Der Zusammenbruch des Systems wurde bisher nur durch massive Hilfszahlungen und Haftungszusagen noch stabiler Länder und in Euroland durch Subventionen über die Geldzufuhr durch die weit über ihr Mandat hinausgehende Europäische Zentralbank verhindert. Dies geschah allerdings zu Lasten des immer stärker in die Pflicht genommenen und entsprechend verunsicherten Steuerzahlers: Der Bürger wurde weitgehend ungefragt zum Bürgen.

Die Krise widerlegt die von Wirtschaft, Politik und der großen Mehrheit der Fachökonomien geteilte Weltsicht, dass eine zurückhaltende und auf das Eigeninteresse der privaten Akteure setzende Regulierung effiziente Märkte und eher unverbindliche Selbstverpflichtungen, z.B. die Maastrichtkriterien mit maximal 3%iger Neuverschuldung, eine harmonische europäische Staatengemeinschaft herbeiführen. Zwar erließ und plant man nach den andauernden Turbulenzen einige kleindimensionierte Gesetze und bürokratische Vorschriften

auf nationaler (z.B. das Gesetz zum Hochfrequenzhandel in Deutschland), auf europäischer (z.B. Regeln zu Leerverkäufen) und internationaler Ebene (z.B. Basel III zum Eigenkapital der Banken). Aus der Jahrhundert Erfahrung hat man jedoch interessen- und ideologiebedingt keine grundsätzlichen Lehren gezogen und es bisher entgegen offiziellen Verlautbarungen bei halbherzigen Reförmchen belassen: für den Hochfrequenzhandel ist keine alles entscheidende Mindesthaltedauer vorgesehen, Leerverkäufe sind unter leicht einzuhaltenden Bedingungen weiterhin möglich und die Eigenkapitalverpflichtungen sind auch bei Basel III im Minimalbereich von erforderlichen 3% der Bilanzsumme.

Im Unterschied zu den vielen anderen Streitschriften, die oft eher beliebige und einseitige Reformempfehlungen aneinanderreihen, werden hier zunächst die derzeit vorherrschenden Finanzmarkt-Theorien kurz, kritisch und auch für den Nichtfachmann verständlich unter die Lupe genommen. Auf dieser Basis stellt dieses Buch die Systemfrage und entwickelt eine alternative Sichtweise, die die tatsächliche Instabilität der Finanzmärkte und die daran zu messenden Lücken der bisherigen Finanzmarktreförmchen sichtbar macht. Ferner werden die Ursachen der europäischen Staatsschuldenkrise, die Schwächen der "Rettungsschirme" (EFSF, ESM), der Fiskalpakt (Verschuldungsverbot) und die vielen neuen Reformvorschläge zu einer neuen Architektur der EU-Institutionen (Europäisches Semester usw.) kritisch im Überblick diskutiert. Des Weiteren werden die oft widersprüchlichen und wankelmütigen Überlegungen und Entscheidungen der Politik erklärt, die zwischen Austeritätssparen und Wachstumsprogrammen, zwischen Schuldenkollektivierung (Griechenland, Spanien) und Haftung durch die Gläubiger (Zypern), zwischen einer zentralen Bankenunion und dann doch wieder dem letzten Wort im nationalstaatlichen Rahmen usw. schwankt.

Jenseits der üblichen Diskussionsfronten zwischen Markt- und Staatsgläubigkeit werden drastische, einfache, leichtverständliche und robuste Strukturreformen vorgeschlagen: eine Vollgeldreform (Geldschöpfung nur durch die Zentralbank), eine Größenbeschränkung für Banken, die auch institutionelle Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken, deutlich höhere Eigenkapitalanforderungen, die Aufgabe von Basel III mit seinen komplizierten Risikobewertungsmodellen, substantielle Beschränkungen des Derivatehandels, eine Finanztransaktions- und eine hohe einmalige Reichensteuer zum Rückkauf der Staatsanleihen vorgeschlagen.

Gefordert wird die unabweisliche Schrumpfung des Finanzsektors, da es - wenn auch schwer genau zu bestimmende - Schuldenobergrenzen für Staaten, private Haushalte und (Finanz)Unternehmen gibt, ab denen die Bedienung der Zinsen und Tilgung aus nur mäßig steigenden Sozialprodukten in den entwickelten Ländern zunehmend unmöglich wird. Oder sie sorgt für soziale Spannungen, da sie ohne markantes Wachstum nur über Umverteilung nach oben oder weitere Schuldenberge (meist mithilfe der Zentralbanken) zu bedienen sind oder mehr oder weniger sichtbare und häufige Umschuldungen und Enteignungen erfolgen müssen, die auch Kleinsparer und die Mittelschichten z.B. über Inflationsenteignungen treffen können.

Schließlich brauchen wir ein soziales, demokratisches, ökologisches und auf fairem Wettbewerb beruhendes Europa, in dem u.a. eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik und die Schaffung sinnvoller und den Lebensunterhalt sichernde Arbeitsplätze zentrale Anliegen sind. Dies setzt nach Meinung des Verfassers neben einer konsequenten inneren europäischen Wettbewerbsordnung auch offensive Schutzzölle gegenüber unfairem sozialem und ökologischem Dumpingwettbewerb nicht nur der Schwellenländer voraus.

Die immer deutlicher zutage tretenden biosphärischen Grenzen unseres Planeten lassen Wachstum nicht nur als Lösungsstrategie zur Überwindung der Staatsschuldenkrise ("aus den Schulden herauswachsen"), sondern überhaupt zunehmend fraglich erscheinen. In der Besinnung auf eine neue Weichenstellung zu einer gesamteuropäischen "Postwachstumsökonomie", die z.B. auf eine durchschnittliche Schrumpfung des Ressourceneinsatzes in Europa auf ein Drittel in den nächsten 15 Jahren abzielte, könnte die produktive Konsequenz aus den gegenwärtigen Finanz- und Staatskrisen liegen. Sie beruhen nämlich als gemeinsamem Kern ungeachtet unbestreitbarer Ungleichverteilung auf zu hohen, weltweit zu beobachtenden Konsum-, Produktions-, Gewinn- und Vermögenszuwacherwartungen. Zu unserem Glück gilt die alte Erkenntnis Edmund Burkes: Wirklich wertvoll im Leben sind letztlich die Dinge, die man sich nicht kaufen kann!

Das Moneyfest ist nicht für Experten geschrieben, sondern wendet sich an alle Menschen, denen das Allgemeinwohl von Mensch und Natur am Herzen liegt, an die Zivilgesellschaft und den Bürger auch als durchschnittlichen Steuerzahler. Ihnen steht die entscheidende letzte Antwort auf die Frage zu, wie ein Leben ohne Finanz- und Staatsschuldenkrisen in den natürlichen Grenzen unseres noch wunderschönen blauen Planeten möglich ist.

3. weitere TERMINE

MONETATIVE

MONETATIVE Tagung

Thema: Wie rechtmäßig ist unser Geldsystem?

Datum: 9. November

Uhrzeit: 14:00 bis 21:30 Uhr

Ort: Berlin

Am 9.11. veranstalten wir eine **Tagung in Berlin zum Thema "Wie rechtmäßig ist unser Geldsystem"**. Sachkundige Rechtsanwälte (Hans Scharpf aus Frankfurt/Main und Christopher Mensching aus Hamburg) und Manager/Unternehmensberater (Timm Gudehus aus Hamburg und Erhard Glötzl aus Linz/Österreich) werden auf dieser Tagung verschiedene Aspekte der Banken-Geldschöpfung untersuchen:

- die Rolle der Justiz bei der Auslegung von Rechtsnormen, die die Bankengeldschöpfung eigentlich untersagen (z.B. § 3 Abs. 3 Kreditwesengesetz)
- die Frage, ob die Banken durch die Geldschöpfung einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil haben
- ob das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Notenbank noch eingehalten wird und sinnvoll ist
- wie eine neue Währungsverfassung Rechtssicherheit schaffen könnte

Weitere Informationen, den Einladungsflyer und das Anmeldeformular zur Tagung finden Sie auf unserer Webseite <http://www.occupymoney.de/veranstaltungen.html>



Für eine neue Geld- und Finanzmarktordnung

Seit mehr als fünf Jahren wird die kapitalistische Weltwirtschaft von der Finanz- und Schuldenkrise geschüttelt. Die Regierungen geben selbst zu, dass sie keine Lösung wissen; sie „fahren auf Sicht“. In dieser Lage können Vorschläge für eine grundsätzlich andere Geld- und Finanzmarktordnung an Bedeutung gewinnen. Einer davon wird von der Gruppe „Occupy Money“ vertreten. Im Mittelpunkt steht dabei das so genannte *Vollgeld*: Verbot der Geldschöpfung durch Banken und andere Unternehmen, Monopol hierfür bei einer unabhängigen Zentralbank (www.occupymoney.de). Hajo Köhn, Sprecher von „Occupy Money“, und Professor Dr. Helge Peukert, Uni Erfurt, werden die Zusammenhänge erläutern, zentrale Argumente vortragen und zur Diskussion stellen. Eintritt frei - Spenden erwünscht!

Datum: 11. November 2013

Uhrzeit: 20:00 Uhr

Ort:: Club Voltaire Frankfurt

Wir möchten Sie einladen, unsere Website www.occupymoney.de zu besuchen, um mehr über unsere Organisation zu erfahren und bitten Sie, unseren Infoletter an mögliche Interessierte aus Ihrem persönlichem Umfeld (Freunde, Bekannte, Kollegen,...) weiter zu empfehlen. Die einfache Anmeldung erfolgt per E-Mail, mit dem Betreff-Hinweis „Infoletter anmelden“, an infoletter@occupymoney.de.

Impressum
Herausgeber und verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (V.i.S.d.P):

OCCUPY MONEY gUG
c/o LAGG e.V.
Kleine Hochstr. 5
60313 Frankfurt

Chefredaktion: Reinhard Graeff

Wenn Sie den Infoletter abbestellen wollen, schreiben Sie bitte mit dem Betreff „Infoletter abbestellen“ an infoletter@occupymoney.de